

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **25 (2005)**

Heft 49

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

Nur wer eine lohnabhängige Erwerbsarbeit ausübt beziehungsweise ausgeübt hat, erwirbt Ansprüche auf soziale Sicherheit: In der Arbeitsgesellschaft vollzieht sich die gesellschaftliche Integration nach wie vor durch Lohnarbeit, in ganz alltäglichen Mechanismen. Nur wer für Lohn arbeitet, wird als Wertschöpfungsfaktor in die volkswirtschaftliche Leistungsbilanz einbezogen, erhält Zugang zu beruflicher Weiterbildung, lässt sich in die gesellschaftliche Macht- und Prestigehierarchie einordnen. Indem die gesellschaftliche Integration den Zugang zur Lohnarbeit voraussetzt, wird die faktische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen In- und AusländerInnen, zwischen Ausgebildeten und schlecht Qualifizierten am Arbeitsmarkt aufrechterhalten. Mit den Ausgegrenzten und prekär Beschäftigten wird permanent ein Reservoir an preiswerten Humanressourcen zur Verfügung gestellt.

Doch längst sind nicht mehr bloss die Ausgegrenzten mit grundlegenden Fragen des Lebensunterhalts konfrontiert, sondern auch wachsende Kreise derer, die in Lohn und Arbeit stehen, die sogenannten Working poor, wie die Caritas-Studie „Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz“ (2001) gezeigt hat. Atypische, vollflexibilisierte, irreguläre und ungeschützte, mit einem Wort: prekäre Arbeitsverhältnisse stellen die Grundmechanismen der Arbeitsgesellschaft von innen her in Frage. Ganze Wirtschaftszweige zahlen nur Tieflöhne; unfreiwillige Erwerbsunterbrüche mit allen Folgen werden zur Regel; Arbeitsvermittlungszentren, Personalagenturen und Arbeitslosenprogramme trainieren die Rückkehr in die Erwerbsarbeit, die es zurzeit nicht gibt; die Übernahme von Familien-, Betreuungs- und Freiwilligenaufgaben ist mit Risiken der Arbeitslosigkeit und Verarmung verbunden; das Pensionierungsalter wird erhöht, ohne dass Erwerbsmöglichkeiten bestehen.

Daran zeigt sich, dass die Deregulierung der Arbeitsmärkte im neoliberalen Marktregime nicht folgenlos geblieben ist. Sie unterhöhlt das finanzielle Fundament des Sozialstaates, verändert die Mechanismen der sozialen Verteilung, beschleunigt die Prekarisierung der Lebensverhältnisse und bringt vielfältige Formen der Ausgrenzung, der gesellschaftlichen und soziokulturellen Desintegration hervor.

Und wie reagiert darauf die Politik? Nicht nur die politische Programmatik und Rhetorik der neoliberalen Rechten („Vorfahrt für Arbeit“, „Sozial ist, was Arbeit schafft“), sondern auch die der Reformlinken („Keine Sozialleistung ohne Arbeitsleistung“) reduzieren Arbeit auf Erwerbsarbeit. Sie bauen die Wirtschafts- und Wohlfahrtsberichterstattung auf statistische Konstrukte, welche die Haushalt-, Fürsorge- und Freiwilligenarbeit sowie un- und unterbezahlte Dienstleistungsarbeit ausblenden,

auch wenn längst bekannt ist, dass diese Sektoren zur gesellschaftlichen Wertschöpfung mehr als die Hälfte beitragen.

Linke, alternative und gewerkschaftliche Kräfte haben es versäumt, nach Diskussionsansätzen in den 1980er Jahren weiterhin Modelle zur Entkopplung von Erwerbsarbeit und menschenwürdiger Existenz, zur Absicherung gesellschaftlicher Teilhabe und Gleichberechtigung zu entwickeln. Dabei steht auch das Konzept der „Vollbeschäftigung“ beziehungsweise seine kritische Aktualisierung zur Debatte. Im Anschluss an Heft 46 „Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus“ werden im Themenschwerpunkt des vorliegenden Heftes von sozialwissenschaftlicher, feministischer und gewerkschaftlicher Seite die Problemfelder analysiert und Konzepte neuer Arbeitspolitiken und sozialer Gerechtigkeit vorgelegt.

12. Dezember 2005

Die Redaktion

Gönnerinnen und Gönner für den WIDERSPRUCH

Die Finanzlage der Zeitschrift WIDERSPRUCH hat sich in den letzten zwei Jahren stark verschlechtert. Die Heftauflage, die Abonnements- und Verkaufszahlen konnten zwar gehalten werden, dennoch sind die Einnahmen nicht mehr kostendeckend. Um weiterhin materialreiche, kompetent geschriebene und breit rezipierte Hefte produzieren zu können, muss 2006 die Finanzlage des Zeitschriftenprojekts wesentlich verbessert werden.

Deshalb sucht die Redaktion Gönnerinnen und Gönner, die über Normalabonnements (Fr. 40.–) und Förderabonnements (Fr. 150.–) hinaus das Zeitschriftenprojekt, zeitlich begrenzt, generös mit jährlich 500 Franken oder mehr unterstützen. Erste Gönnerinnen und Gönner haben sich bereits gemeldet. Wenn Sie den WIDERSPRUCH als wichtiges publizistisches Projekt ebenfalls unterstützen und genauere Informationen erhalten möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit der Redaktion auf.

Darüber hinaus bitten wir alle Leserinnen und Leser des WIDERSPRUCH, das Zeitschriftenprojekt durch eine Spende zu unterstützen. Wir danken im voraus.

Die Redaktion